



Antworten auf Fragen, die uns keiner gestellt hat

Gegenwärtig ist ein Konjunkturaufschwung zu verzeichnen und die Arbeitslosenzahlen sind stark rückläufig.

Verliert der Arbeitslosenverband den Gegenstand seiner Arbeit?

- ❖ Durch Export- und Investitionszuwachs von rund 2 % kann auf ein Wirtschaftswachstum von ca. 2,7 % verwiesen werden
- ❖ Nach unserer Ansicht ist der Aufschwung bei vielen Menschen in diesem Land nicht angekommen. Indiz dafür ist der weiterhin hinterher hinkende private Konsum.
- ❖ Dies ist auch Ausdruck dafür, dass die Menschen in diesem Land nicht mehr Geld zum Ausgeben zur Verfügung haben.
- ❖ Eine gesunde Skepsis bleibt beim ALV-D zur monatlichen Arbeitslosenquote.
- ❖ Es wird keine Aussage dazu getroffen, wie viele sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen wurden, denn bekanntlich fallen alle Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigungen ebenfalls aus der Statistik der Arbeitslosenquote heraus. In solchen Arbeitsgelegenheiten befinden sich konstant rund 650.000 Menschen.
- ❖ Und die Struktur der Bedarfsgemeinschaft führt dazu, dass viele Menschen aus dem Leistungsbezug herausfallen, zu NichtleistungsempfängerInnen werden. überproportional sind davon Frauen betroffen.
- ❖ Stagnierend hoch ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen. Gerade an den Langzeitarbeitslosen geht der Aufschwung vorbei. Es gibt ja sogar schon wieder neue „soziale Grausamkeiten“ gegen die Langzeitarbeitslosen – Stichwort „Zwangsverrentung“

Die Bundesregierung behauptet, dass der Aufschwung und die Senkung der Arbeitslosigkeit Ergebnis der Agenda 2010 und den Hartz IV-Gesetzen sei.

Wie sieht dies der ALV?

- ❖ Die Konjunktur wird nach Meinung des ALV-D vor allen Dingen durch folgende Fakten begünstigt:
 1. Die Struktur der neu geschaffenen Arbeitsplätze stimmt nicht, weil diese überwiegend im Niedriglohnbereich, als Teilzeitjobs sowie Mini- und Midi-Jobs oder als Zeitarbeit angeboten werden.
 2. In der BRD müssen 1 Millionen Menschen neben ihrem Arbeitsentgelt sogenannte „Aufstockerleistungen“ vom Sozialamt beziehen, weil der durch Arbeit erzielte Lohn nicht zum Leben reicht.
 3. Das ist Ausdruck einer gewaltigen Schieflage in unserem Land, weil zu einem viele Menschen von ihrem Lohn nicht mehr leben können, zum anderen die Unternehmen ihre Gewinne zu Lasten der Steuerzahler erwirtschaften und weil die „Aufstockerleistungen“ aus Steuergeldern finanziert werden.
- ❖ Der Anteil der Beschäftigten, die zusätzlich zu ihrem Lohn Leistungen vom Sozialamt benötigen, ist in den letzten 2 Jahren um 50 % gestiegen.

- ❖ Nach unserer Ansicht hat dazu auch die Zumutbarkeitsregelungen aus dem SGB II beigetragen. Danach ist Alg-II-Empfängern zumutbar, eine Tätigkeit verringert um 30 % Entgelt anzunehmen. Diese Regelung hat Auswirkungen auf das Tarifgefüge, die Tarifverträge und übt Druck auf die Beschäftigten aus.
- ❖ Zeitarbeit oder befristete Arbeitsverhältnisse haben dazu geführt, dass Stamm- und Zeitbelegschaften untereinander dem Wettbewerb ausgesetzt sind und Arbeitsverhältnisse prekär und dadurch unsicherer geworden sind.
- ❖ Wenn dies als positive Reform gepriesen wird, sagen wir eindeutig, dass dieses der falsche Weg ist.
- ❖ Menschen, die durch den Wirtschaftswachstum wieder in Arbeit kommen, müssen von dieser Arbeit auch leben können und darüber hinaus es sich auch leisten können, zur Arbeit zu kommen.
- ❖ Da sind solche Regierungsbeschlüsse wie die Absenkung der Pendlerpauschale bei steigenden Benzinpreisen und Fahrtkosten völlige Fehlentscheidungen.
- ❖ Einher mit den Hartz-IV-Gesetzen ging auch eine Verschlechterung von aktiven und passiven Leistungen an die Leistungsempfänger. Aktive Leistungen sind „Kann-Leistungen“ und trotz des Überschusses bei der Bundesagentur für Arbeit rückläufig. Ein Beispiel dafür, dass Fordern mehr im Mittelpunkt als Fördern steht.

Die Wirtschaftsweisen haben in ihrer Prognose für 2008 darauf verwiesen, die Reformen und den Sparkurs zum Abbau der Staatsverschuldung konsequent fortzuführen.

Was erwartet der ALV von der Bundesregierung?

- ❖ Wichtig wären staatliche Impulse anstatt anhaltender Schrumpfpolitik. Die nach wie vor hohe Staatsverschuldung dient trotz unerwartet hoher Steuereinnahmen dazu, weiter zu sparen.
- ❖ Diese Sparpolitik ist aber sehr einseitig ausgelegt und begünstigt Großunternehmen und Besserverdienende.

Wir fordern deshalb u.a.:

- ✓ Rücknahme der Absenkung der Körperschaftssteuer für Aktiengesellschaften;
- ✓ Erhebung einer Vermögenssteuer;
- ✓ Rücknahme der Kürzung der Pendlerpauschale;
- ✓ Arbeit darf nicht arm machen. Deshalb halten wir die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes für dringend erforderlich und unterstützen aktiv die Initiativen dafür.
- ✓ Rücknahme der Entscheidung zur Rente mit 67
- ✓ Einführung einer Existenz sichernden Grundsicherung anstatt Repressalien für Arbeitslose, denen kein Arbeitsplatz angeboten werden kann.

Als Sofortmaßnahme fordern wir:

- ✓ Erhöhung des Regelsatzes auf mindestens 420,00 €
- ✓ Nichtanrechnung des Kindergeldes beim Alg II
- ✓ Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung.
- ✓ Veränderung des § 5 Abs. 1 SGB II (Zwangsverrentung) und Fortsetzung des § 65 Abs. 4 und § 428, damit es für ältere Arbeitslose die Wahlmöglichkeit gibt.

Letztendlich fordern wir die Abschaffung der Hartz IV-Gesetze.